DIE **THÜRINGENGESTALTER**

Vereinsblatt DIE **THÜRINGENGESTALTER**
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

3. Ausgabe 2018

Rote Karte für Straßenausbaubeiträge

Von Frank Kuschel

Die Bürgerinitiativen für sozial-gerechte Kommunalabgaben haben die Aktion „Rote Karte für Straßenausbaubeiträge“ gestartet und fordern damit die gesetzliche Abschaffung dieser Beiträge.

Zeitgleich haben alle Landtagsfraktionen erklärt, ebenso diese Beiträge gesetzlich abschaffen zu wollen. Die LINKE fordert dies bereits seit 1994.

Damit stehen die Chancen für die gesetzliche Abschaffung dieser Straßenausbaubeiträge gut, weil nun auch der Gemeinde- und Städtebund für die Beitragsabschaffung ist. Es muss aber geklärt werden, welche Erstattungsansprüche die Gemeinden gegenüber dem Land haben, ab wann die Abschaffung gelten soll und was mit bereits gezahlten Beiträgen wird.

Der Gemeinde- und Städtebund will die Abschaffung ab dem 1. Januar 2019, weil ab dann die Gemeinden entsprechend der von r2g 2017 beschlossenen Neuregelungen freiwillig auf diese Beiträge verzichten können. Die Gemeinden fühlen sich aber mit dieser neuen Ermessensentscheidung überfordert.

DIE LINKE hält den 1. Januar 2019 für machbar. Die SPD hingegen hat noch Bedenken. Für die Grünen geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Alle demokratischen Fraktionen und der Gemeinde- und Städtebund sind sich hier einig: Eine Rückerstattung bereits gezahlter Beiträge kann es nicht geben. Verständlich, dass dies Betroffene als ungerecht empfinden. Es ist aber einfach unmöglich, ein Finanzierungssystem, das 27 Jahre angewendet wurde, vollständig bis 1991 abzuwickeln. Es geht dabei nicht nur um rund 600 Millionen Euro, sondern um ganz pragmatische Hürden. Nach dem Thüringer Archivgesetz dürfen die Gemeinden Akten nur zehn Jahre aufbewahren. Das heißt, alle Erhebungsvorgänge vor 2008 sind nicht mehr nachvollziehbar. Dies betrifft auch alle Eigentümerwechsel an Grundstücken. Oftmals haben die Voreigentümer diese Beiträge gezahlt. Die Straßenausbaubeiträge können nur für die Zukunft abgeschafft werden. Davon profitieren auch die Grundstückseigentümer, die bereits gezahlt haben, weil nach cirka 30 Jahren bei der Straßenerneuerung ein neuer Beitrag fällig werden würde. Und dieser muss dann nicht mehr gezahlt werden.

Mitglieder der Bürgerallianz in Erfurt *Foto: Bürgerallianz Thüringen*

Die Straßenausbaubeiträge haben bisher nur einen Teil der Kosten für den grundhaften Ausbau der gemeindlichen Verkehrsanlagen abgedeckt. Dies waren jährlich circa 15 Millionen Euro. Diese Summe müsste das Land den Kommunen jährlich erstatten. Durch die Beitragsabschaffung werden die Gemeinden aber zugleich erheblich finanziell entlastet. Der jährliche Verwaltungsaufwand zur Beitragsberechnung, Bescheiderstellung und Betreibung der Gelder wird auf mindestens fünf Millionen Euro geschätzt. Diese Kosten entfallen künftig.

Durch die Erstattungsleistungen des Landes haben die Gemeinden keine Einnahmeverluste, wenn die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden sollten. Es ist also nicht zu befürchten, dass ohne Beiträge keine Straßen mehr saniert werden können.

Mit der aktuellen Debatte zur gesetzlichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge liegt Thüringen voll im Trend der Debatten in anderen Bundesländern. Bayern hat im Juni 2018 diese Beiträge abgeschafft und folgt damit Bremen, Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg. In Sachsen, Saarland und Niedersachsen können die Gemeinden schon seit vielen Jahren selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe die Beiträge erhoben werden. Diese Ermessensregelung haben Thüringen 2017 und Schleswig-Holstein 2018 beschlossen. In Hessen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg wird derzeit ebenfalls über die Zukunft der Straßenausbaubeiträge diskutiert.

Seminare auf Abruf

In ihrem Angebot an Mitglieder*innen und interessierte Menschen bieten DIE THÜRINGENGESTALTER verschiedene Basisseminare zu folgenden Themen an, die bei Interesse per Mail abgerufen werden können.

Das erste Angebot befasst sich mit dem Thema **Kommunalfinanzen**. Es wird erklärt, wie die Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen geregelt sind. Der Umgang mit Zahlen ist in jedem Fachbereich wichtig.

Das nächste Seminar setzt sich mit den Grundlagen zur **Stellung eines Antrages** auseinander. Wie förmlich sieht der Antrag aus? An wen stelle ich meinen Antrag? Wer ist für meinen Antrag zuständig?

Um möglichst viele Menschen erreichen zu können, gehört das Verfassen von **Pressemitteilungen** zu den Standards. Der Workshop unterteilt sich in einen theoretischen Teil und einen Praxisteil, in dem die Teilnehmer*innen Texte schreiben müssen.

Ein überzeugendes und sicheres Auftreten ist für alle, die politisch tätig sind, von großer Bedeutung. Ein guter Auftritt kann Argumente verstärken, wohingegen Unsicherheit ihre Wirkung abschwächen kann. Wir bieten daher ein Medientraining mit Fokus auf nonverbaler Kommunikation, Auftritt, Gestik und Mimik.

Text: Stefan Feutlinske

Foto: www.pixabay.com

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

Motiv: Menschen helfen wollen
Interview mit Steffen Thormann, Mitglied des Stadtrates Mühlhausen

Seite 3:

Gute Schule machen – aber wie?
Fachforum diskutiert über Inklusion und Lehrer*innenmangel

Seite 4:

Broschüre soll Arbeit erleichtern
Handreichung für kommunale Aufsichtsratsmitglieder erscheint bald

„Es ist immer ein Erfolg, wenn man Menschen geholfen hat!“

*In der Rubrik “Junge Kommunalpolitiker*innen vorgestellt” lernt Ihr heute Steffen Thormann kennen.*

Er ist 23 Jahre alt, studiert in Jena Politikwissenschaften und ist seit der letzten Stadtratswahl Mitglied des Mühlhäuser Stadtrates. Die Fragen stellte ***Stefan Feutlinske****.*

Beim Landesparteitag 2017 in Ilmenau *Foto: Die LINKE*

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

Da meine Mutter seit meiner Kindheit an in der Kommunalpolitik aktiv ist, spielte das oft eine Rolle. Das erste Mal kam ich allerdings durch etwas anderes mit kommunaler Politik aktiv in Berührung. Das war 2010, damals war ich 16 Jahre alt. Ein paar Freunde und ich hatten die Idee, ein Jugendparlament in Mühlhausen umzusetzen. Wir kamen alle aus unterschiedlichen politischen Lagern, was die Sache aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen auf diese Idee spannend machte. Unter anderem war der Thüringer Juso-Vorsitzende Oleg Shevshenko auch mit dabei.

Dieses Jugendparlament sollte dann direkt von allen Jugendlichen der Stadt gewählt werden und breiter strukturiert sein als ein Schülerparlament. Es sollte eine echte Gegenkraft der Jugendlichen zum kommunalen Parlament sein.

Mit dieser Idee und einem fertig ausgearbeiteten Konzept gingen wir in die einzelnen Fraktionen. Wir stritten für die Sache und hatten auch ein gutes Gefühl – allerdings wurde anstatt unserem Jugendparlament ein Schülerparlament gegründet. Auch wenn es uns in diesem Moment ärgerte, kann ich im Nachhinein sagen, dass es ein großer Erfolg war, weil es so etwas vorher in der Stadt nicht gegeben hatte. Mein Interesse für die Kommunalpolitik wurde damit geweckt.

Vor der Wahl 2014 fragte mich dann meine Mutter, die Fraktionsvorsitzende im Stadtrat ist, ob ich es mir nicht vorstellen könnte, mich auf die Liste schreiben zu lassen. Die Entscheidung habe ich seitdem nicht bereut.

Warum gerade Sozialpolitik als dein Themengebiet?

Der soziale Bereich interessiert mich am meisten. Ich bin ein absoluter Gerechtigkeitsmensch und in diesem Bereich kann ich mich am meisten für Menschen einsetzen, die benachteiligt sind oder Hilfe anderer brauchen. Darüber hinaus benötigen die anderen Ausschüsse oft auch mehr fachliches Wissen, wie zum Beispiel der Finanzausschuss. Auch wenn man in der Kommunalpolitik oft nur kleine Dinge verwirklichen kann, macht es mich stolz, wenn Menschen geholfen werden kann.

Aufgrund einer Fraktionszusammenlegung bin ich seit fast einem Jahr kein Mitglied mehr im Sozialausschuss, trotz allem versuche ich, mich vor allem für soziale Themen einzusetzen.

Was wurde in dem Ausschuss besprochen?

Eigentlich alles, was das jeweilige Themengebiet umfasst. Da die Ausschusssitzungen nicht öffentlich sind, kann hier auch etwas offener diskutiert werden. Da der Ausschuss auch den Bereich Kultur umfasst, wurde hier zum Beispiel auch über die Bewerbung Mühlhausens für die Landesgartenschau 2024 gesprochen. Leider hat Mühlhausen diese nicht bekommen. Der Stadtrat hat allerdings beschlossen, dass einige der im Bewerbungskonzept herausgearbeiteten Ideen trotzdem umgesetzt werden sollen.

Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Sozialausschuss?

Die Zusammenarbeit im Sozialausschuss ist sehr konstruktiv und offen. Es geht ja darum, seine eigene Meinung bzw. die Fraktionsmeinung zu vertreten und zu diskutieren. Sicherlich sollte man auch für seine Ideen kämpfen, aber den Politikern geht zunehmend auch die Fähigkeit verloren, sich überzeugen zu lassen und einzugestehen, dass die andere Meinung besser ist. Solche Möglichkeiten bietet die kleine Runde des Ausschusses. Er ist nicht öffentlich und kann somit zu keinem Markt der Eitelkeiten werden.

Was würdest du sagen, ist bis jetzt dein wichtigster politischer Erfolg gewesen?

Ich glaube, es ist immer dann ein Erfolg, wenn man Menschen geholfen hat, die Hilfe benötigen. Auf einzelne Punkte kann man das nicht herunterbrechen. Was zurzeit allerdings herausragt, ist die Unterschriftenaktion für das Bürgerbegehren zum Erhalt des Mehrgenerationenhauses in Mühlhausen. Teile dieses Hauses sollen einem kommerziellen Zweck, einer Boulderhalle, weichen. Meine Partei stellt sich hierbei klar hinter die Vereine, die dieses Haus nutzen und die mit dieser Boulderhalle auf ein neues Heim angewiesen wären. Daher wurde eine Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren gestartet. Zehn Tage nach dem Start sind schon 1.000 der 2.000 benötigten Unterschriften gesammelt – das ist auf jeden Fall ein Erfolg.

Was hast du während deiner Zeit im Stadtrat erlebt?

Viele gute und einige schlechte Dinge. In solchen Parlamenten sitzen einzelne Leute, die eine Bühne suchen, um sich zu profilieren. Das geschieht oft zum Nachteil der besprochenen Themen und ist auch schon einige Male in Beschimpfungen ausgeartet. Einmal ging es so weit, dass ein älteres Stadtratsmitglied Senioren als Behinderte beleidigt hat, was mich sehr aufbrachte. Allerdings gibt es auch viele schöne Erfahrungen. Es ist immer dann schön, wenn ein Thema, das man sich als Fraktion selbst auf die Fahne geschrieben hat, verwirklicht werden kann. Auch wenn dazu oft viel Anstrengung gehört. Eine weitere schöne Erfahrung war, einen Kaffee zu trinken mit dem Bundespräsidenten Walter Steinmeier. Bei seinem Besuch in Mühlhausen wurden alle Stadträte zu einer gemütlichen Runde eingeladen, bei der sie alle Themen mit ihm besprechen konnten, die ihnen auf dem Herzen lagen. Keine Presse war dazu eingeladen, weshalb sehr offen geredet werden konnte. Wir konnten den Präsidenten zusammen mit seiner Frau von einer ganz anderen Seite kennenlernen. Diese Möglichkeit hat nicht jeder – was einerseits schön, aber auch traurig ist.

Gehen junge und alte Menschen unterschiedlich an die Politik heran?

Natürlich, und das ist auch gut so! Als junger Neuling in der Kommunalpolitik steckt man in keinem Grabenkampf der unterschiedlichen Parteien und kann daher jedem Thema eine echte Chance geben – ohne Vorurteile. Darüberhinaus gehen junge Menschen mit einer anderen Sichtweise und einem anderen Elan an die Themen heran, als es vielleicht ältere eingesessene Mitglieder des Kommunalparlamentes machen würden. Diese Leichtigkeit tut jedem Parlament gut.

Welchen Tipp würdest du jungen Menschen geben, die überlegen in die Kommunalpolitik einzusteigen?

Mein Tipp ist: Traut Euch! Ihr seid jung und habt daher rein nichts zu verlieren. Sicherlich fühlt man sich erstmal von den vielen neuen Dingen erschlagen, die auf einen zukommen, jedoch lernt man auch schnell. Klar kostet politische Arbeit etwas Zeit, aber auch nicht so viel, dass man keine Freizeit mehr hat. Dafür hat man die Chance, seine Stadt oder seine Gemeinde zu gestalten – und das ist viel wert!

Gute Schule machen – aber wie?

Von Eileen Nebel

Podiumsdiskussion zum Abschluss der Veranstaltung *Foto: DIE THÜRINGENGESTALTER*

Am 27. August fand das Fachforum „Gute Schule machen – aber wie?“ statt. Es fanden sich rund 100 Teilnehmer*innen ein, die über den Anspruch und die Umsetzung der Ansprüche für Qualität in Thüringer Bildungsinstitutionen diskutierten. Organisiert wurde diese Veranstaltung vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V., der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Vereinen Die Andere Kommunalpolitik Thüringen (DAKT e.V.) und dem Kommunalen Bildungswerk Thüringen (kbwt e.V.)

Schon in der Einleitung konnte man merken, dass gute Bildung im Vordergrund stand. So machte Dr. Hans Anand Pant, Geschäftsführer der Deutschen Schulakademie, klar, dass ihm eine vielfältige Schule wichtig ist: „Heterogenität ist überall und ist der ganz normale Wahnsinn. Eine gute Schule ist unter diesen Randbedingungen eine Schule, die heterogenitätsgerecht ist.“ Auch Helmut Holter (DIE LINKE), Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport sagte: „Gute Schule – das geht nur gemeinsam. Wir denken Schule vom Kind her.“

Nach diesen Statements teilten sich die Teilnehmer*innen an sechs verschiedene Thementische auf.

Der erste behandelte das Thema Inklusion und Schule, moderiert von Gritt Ott und Dr. Matias Mieth. „Inklusion ist ein Gewinn für alle. Es ist ein Prozess der kleinen Schritte. Man muss die Menschen mitnehmen und lange Vorlaufzahlen haben. Das klappt nicht überall gleich“, so Andreas Huckschlag vom Verein mittendrin e.V. aus Köln.

Am zweiten Thementisch wurde die Rolle und Qualität der Lehrer*innenausbildung unter der Moderation von Ulrike Greve und Claudia Herrmann diskutiert. Doch auch an diesem Thementisch fragte man sich „Wie bekomme ich die Sonderpädagogik und Inklusion in die Ausbildung für alle Schularten?“

Der dritte Thementisch zum Thema Demokratiebildung wurde von Janine Patz moderiert. Ein großes Thema war hier die Handlungsfreiheit von Lehrkräften. „Für mich persönlich ist das das Hauptthema: Kinder und Jugendliche zur Toleranz zu erziehen. Doch wie viele Lehrerinnen und Lehrer scheuen diese Auseinandersetzungen und haben Angst. Aber: Wir können die Kinder und Jugendlichen nicht allein lassen. Wer soll Demokratiebildung machen, wenn nicht wir?“, so Andrea Freitag, Berufsschullehrerin in Ilmenau.

Den Thementisch Chancen und Potenziale digitaler Bildung moderierte Astrid Rothe-Beinlich. Sie brachte zum Ausdruck, dass es um eine Weiterentwicklung der Schulen geht und dazu gehöre auch digitale Bildung. So sagte sie: „Wir brauchen Mut für kreative Lösungen.“

Der fünfte Thementisch Rahmenbedingungen wurde von Dr. Thomas Hartung moderiert. Hier kam man immer wieder auf das Thema unbefristete Lehrerstellen und den Personalmangel zu sprechen. Minister Holter sagte dazu: „Alle sagen, wir brauchen mehr Personal. Aber dafür brauche ich auf der einen Seite die Möglichkeit, einzustellen und auf der anderen Seite die Menschen.“

Den letzten Thementisch Schulentwicklung moderierte Torsten Wolf. Laut Prof. Dr. Nils Berkemeyer ist es ein „Skandal, dass für das Schulversagen die Einzelschule verantwortlich gemacht wird. Die Fokussierung auf die Einzelschule löst nicht den Auftrag der Politik. Die Einzelschule kann kein Gerechtigkeitsproblem lösen.“

Abschließend fand eine Podiumsdiskussion mit Minister Helmut Holter, Prof. Dr. Hans Anand Pant und dem Schüler Alexander Blümel statt. Diskutiert wurde darüber, was in Zukunft getan werden kann, um die Qualität Thüringer Schulen zu verbessern und wie man die Ergebnisse der Thementische zur Verbesserung einbeziehen könnte.

Exkursion „Regionalkreismodell“ Hannover

Von Stefan Feutlinske

Foto: DIE THÜRINGENGESTALTER

Am 17. und 18. August veranstalteten die THÜRINGENGESTALTER mit dem linken kommunalpolitischen Forum Niedersachsen eine Exkursion nach Hannover. Die Exkursion sollte unter dem Titel „Regionalkreismodell – ein Weg für Thüringen?“ Informationen und Fakten über ein alternatives Kreismodell liefern.

Der Freitagnachmittag begann mit einer revolutionären Fahrrad-Stadtrundfahrt durch Hannover. Hier erfuhren wir viel Interessantes über die linken Bewegungen, von der 68-er Bewegung über soziale Kämpfe, z.B. zu Wohnungs- und Klimapolitik. Besonders wurde auf das Leben des Studenten Benno Ohnesorg eingegangen, der hier geboren ist.

Der Samstag begann mit einem gemeinsamen Treffen mit der Regionalkreisfraktion der Partei DIE LINKE. Nach einer kurzen Vorstellung begann Dr. Michael Braedt, Geschäftsführer DIE LINKE Niedersachsen, mit seinem Vortrag über das Regionalkreismodell in Niedersachsen. An zwei wissenschaftlichen Beispielen zeigte er, wie das Regionalkreismodell umgesetzt werden kann: Entweder durch eine freiwillige Fusion oder durch eine gesetzliche Zwangsfusion. Dem Cassing-Modell folgend, das in Göttingen angewandt wird, sollten aus den acht kreisfreien Städten und 37 Landkreisen Niedersachens 20 Regionen mit circa 400 Gemeinden werden. Die Beziehungen zwischen den Gemeinden im ehemaligen Kreis Hannover und der Stadt waren seit Jahren immer dichter zusammengewachsen. Insbesondere der ÖPNV, die Regionalplanung und der Schüler*innentransport wurden als gemeinsame Aufgabe behandelt. Krankenhäuser, Berufsschulen, Abfallentsorgung und Verpflichtungen nach SGB II wurden jedoch nicht zentralisiert.

Die Fraktionsvorsitzende der Regionalkreisfraktion der Linken, Jessica Kaußen, stellte im Anschluss den Regionalkreis hinsichtlich der Mitbestimmungsmöglichkeiten vor. Vor allem ging es um den Aufbau der demokratischen Mitbestimmung und der demokratischen Überwachung der Regionsverwaltung. Wichtig dafür ist, das die Region Hannover für alle Politikfelder einen regionalen Zweckverband hat.

Ausgehend von der langen Vorlaufzeit des Zusammenschlusses der Region Hannover (erste Beziehungen gab es schon 25 Jahre vor der Fusion) stellte Frank Kuschel die Thüringer Gebietsreform vor. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmenden. Es wurde festgehalten, dass das Regionalkreismodell Hannover trotz einiger Probleme seinen Zweck sehr effektiv erfülle. Die Region hat ein Verwaltungsmodell gefunden, welche die Synergien der Region Hannover nutzt. Auch für Thüringen sollten solche Verwaltungsmodelle der besonderen Art in die Debatte eingebracht werden. Die Vergleichbarkeit gestaltet sich praktisch natürlich schwierig, so hat die Region Hannover aktuell ca. 1,2 Millionen Einwohner*innen. Eine einfache Übertragbarkeit nach Thüringen ist deshalb nicht gegeben.

Termine

Gestalte dein Jena I

Einführung in die Kommunalpolitik

16. Oktober, 18 Uhr, Immergrün, Jenergasse 6, Jena

Mit dieser Veranstaltung wollen wir junge Menschen über die verschiedenen Ebenen der Kommunalpolitik informieren. Dazu wollen wir kommunalpolitische Grundbegriffe erläutern. Desweiteren wollen wir über die Einflussmöglichkeiten von Stadträt*innen, Ortsteilrät*innen und Ortsteilbürgermeister*innen informieren. Wir wollen auch aufzeigen, wie sich Menschen, abseits von einem kommunalpolitischem Mandat, in die Kommunalpolitik einbringen können. Desweiteren wollen wir mit jungen Menschen aus der Stadt in einen Diskussionsprozess treten, um herauszufinden, welche Themen ihnen zur Entwicklung der Stadt wichtig sind.

Gestalte dein Jena II

Speeddating von und mit jungen Kommunalpolitiker*innen

23. Oktober, 18 Uhr, “Salü”, Burgauer Weg 1a, Jena

Mit dem Speeddating wollen wir mit jungen Kommunalpolitiker*innen mit folgenden Fragestellungen in den Austausch treten: Wie war für die derzeitigen Mandatsträger*innen der Einstieg in die Kommunalpolitik? Was gab es für Hürden und Herausforderungen? Wie sieht die Arbeit in der Fraktion und in einem Ausschuss aus? Wie sieht es mit der Vereinbarkeit mit Beruf, Studium, Kindern etc. aus? Wie haltet Ihr eventuelle Konflikte aus? Wie ist die Arbeit mit den anderen Fraktionen? Wir wollen aus den Erfahrungen lernen und junge Menschen überzeugen, sich in der Kommunalpolitik einzumischen.

Broschüre für kommunale Aufsichtsräte

Im dritten Quartal wird unsere neue Broschüre zum Thema „Rechte und Pflichten von kommunalen Aufsichtsratsmitgliedern“ erscheinen. Frank Kuschel hat die 31-seitige Broschüre im Auftrag der THÜRINGENGESTALTER verfasst.

Die Konkurrenz zwischen Gesellschafts- und Kommunalrecht, die Vertretung der Kommune in den Organen der Gesellschaft und die Rechtsgrundlagen bilden die ersten Kapitel der Broschüre. Der nächste große Komplex widmet sich dem Aufsichtsrat einer AG. Inhaltlich geht es beispielsweise um das Vorschlagsrecht der Kommune für die Wahl oder Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat sowie der Sorgfalts- und Treuepflicht von Mitgliedern des Aufsichtsrates.

Der nächste Abschnitt befasst sich mit dem Aufsichtsrat einer kommunalen GmbH. Auch hier geht es beispielsweise um Sorgfalts- und Treuepflicht sowie um Haftung und Strafbarkeit.

Der letzte große Block beschäftigt sich mit dem Aufsichtsrat einer Genossenschaft, eines eingetragenen Vereins oder einer Stiftung. Zum Schluss behandelt Frank Kuschel oft gestellte Fragen und gibt ein kleines Begriffs-ABC.

Für weitere Informationen könnt ihr die Geschäftststelle unter folgender Mailadresse erreichen:
info@thueringengestalter.de.

Rathaus von Jena *Foto: Konrad Hädener CCA 2.0 Generic license*

Mitgliederversammlung am 27.11.

27. November, 18.30 Uhr, Volksbad Jena

Unsere diesjährige Landesmitgliederversammlung steht unter dem Motto „Demokratisierung der Kommunalpolitik“. Als Hauptredner angefragt ist Ralf-Uwe Beck von Mehr Demokratie e.V. Zusätzlich wollen wir euch in entspannter Atmosphäre über unsere Tätigkeiten aus dem Jahr 2018 aufklären und einen Ausblick auf das Jahr 2019 werfen. Hier wird natürlich ein Schwerpunkt unserer Arbeit auf der Vorbereitung der Kommunalwahlen liegen, besonders auf der Durchführung unserer Basisseminare zu den Themen Haushalt, kommunalpolitsche Basics, Rhetorik und dem Umgang mit Rechtspopulisten.

DIE THÜRINGENGESTALTER

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Sie interessieren sich für die Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
Mail: info@thueringengestalter.de
www.thueringengestalter.de

DIE THÜRINGENGESTALTER erhalten als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).